97-84073-1

Kautsky, Karl

Was ist Sozialisierung?

Berlin

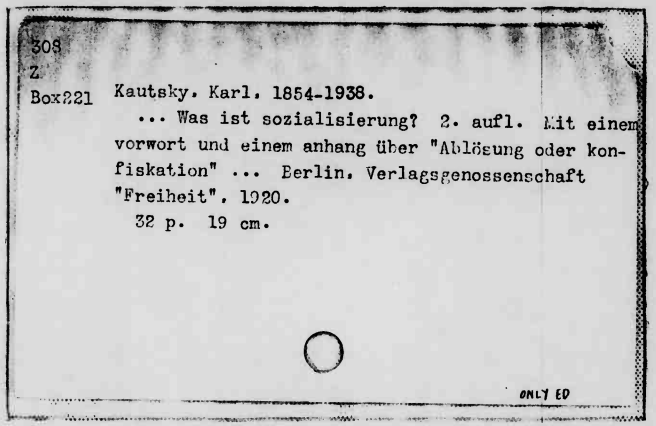
1920

97-84073-1
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 10:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 5-6-97 INITIALS: WB

TRACKING # : ~~23704~~ 23710

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Kautsky, Karl

Was ist Sozialisierung?

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

_____ Page(s) missing/not available: _____

_____ Volume(s) missing/not available: _____

_____ Illegible and/or damaged page(s): _____

_____

_____ Page(s) or volume(s) misnumbered: _____

_____ Bound out of sequence: _____

X Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from: University of Maryland

(p. 3, 4, 31); second exposure of p. 31 from copy borrowed from University of Maryland

_____ Other: _____

_____

_____ Inserted material: _____

TRACKING#: MSH23710

FILMED IN WHOLE OR PART FROM A COPY BORROWED FROM:

UNIVERSITY OF MARYLAND

PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

150 mm

100 mm

A5

A4

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

A&P International
2715 Upper Afton Road, St. Paul, MN 55119-4760
612/738-9329 FAX 612/738-1496

KARL KAUTSKY

Was ist Sozialisierung?

2. Auflage
Mit einem Vorwort und einem Anhang
über „Ablösung oder Konfiskation"

Preis 1.50 Mark

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H.,
Abt. Buchhandel, Berlin C 2, Breitestraße 8-9

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
Abteilung Buchhandel ◆ Berlin C 2 ◆ Breitestraße 8/9

Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen

Von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein

Preis 3.— Mark

In der Schrift „Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen" von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein werden diese Probleme vom Standpunkte der sozialistischen Weltanschauung aus behandelt. Es wird gezeigt, wie aus der solidarischen Arbeitsgemeinschaft sich neue Erziehungsmittel, -Wege und -Ziele ergeben, die eine an ständische oder Klassenherrschaft gebundene und durch den Einzelbesitz bestimmte Menschheit weder erkennen noch hätte durchführen können. Die sozialistische Erziehung wird damit zu einem Kulturproblem, das sich grundsätzlich nach der Tiefe und Weite von dem bürgerlichen Erziehungsproblem unterscheidet. In einem zweiten Teile der Schrift werden die Gegenwartsfragen vom Standpunkte der sozialistischen Kultur aus beleuchtet und auf die notwendigen Maßnahmen der sozialistischen Schulpolitik hingewiesen. Auch auf die organisatorische Umgestaltung des Bildungswesens vom Standpunkte des Rätegedankens aus ist besonderer Wert gelegt worden. Die Schrift wird für weite Kreise des Proletariats aufklärend wirken. Sie ist populär geschrieben, doch kann sie Anspruch auf Sachkunde und wissenschaftliche Grundlage machen.

Zur Erinnerung
K. Stolz

KARL KAUTSKY

Was ist Sozialisierung?

2. Auflage

Mit einem Vorwort und einem Anhang über „Ablösung oder Konfiskation"

Preis 1,50 Mark

1920

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H.,
Abt. Buchhandel, Berlin C 2, Breitestraße 8—9

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
Abteilung Buchhandel ◆ Berlin C 2 ◆ Breitestraße 8/9

Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen

Von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein

Preis 3.— Mark

In der Schrift „Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen" von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein werden diese Probleme vom Standpunkte der sozialistischen Weltanschauung aus behandelt. Es wird gezeigt, wie aus der solidarischen Arbeitsgemeinschaft sich neue Erziehungsmittel, -Wege und -Ziele ergeben, die eine an ständische oder Klassenherrschaft gebundene und durch den Einzelbesitz bestimmte Menschheit weder erkennen noch hätte durchführen können. Die sozialistische Erziehung wird damit zu einem Kulturproblem, das sich grundsätzlich nach der Tiefe und Weite von dem bürgerlichen Erziehungsproblem unterscheidet. In einem zweiten Teile der Schrift werden die Gegenwartsfragen vom Standpunkte der sozialistischen Kultur aus beleuchtet und auf die notwendigen Maßnahmen der sozialistischen Schulpolitik hingewiesen. Auch auf die organisatorische Umgestaltung des Bildungswesens vom Standpunkte des Rätegedankens aus ist besonderer Wert gelegt worden. Die Schrift wird für weite Kreise des Proletariats aufklärend wirken. Sie ist populär geschrieben, doch kann sie Anspruch auf Sachkunde und wissenschaftliche Grundlage machen.

Zur gefl. Erinnerung
K. Kautsky

KARL KAUTSKY

Was ist Sozialisierung?

2. Auflage

Mit einem Vorwort und einem Anhang über „Ablösung oder Konfiskation"

Preis 1,50 Mark

1920

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H.,
Abt. Buchhandel, Berlin C 2, Breitestraße 8—9

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage 3
1. Was heißt Sozialisierung? 9
2. Das Wesen des Kapitalismus 9
3. Das Bedürfnis nach Sozialismus 10
4. Die Produktivgenossenschaft 11
5. Die Verstaatlichung 12
6. Das Konsumenteninteresse 14
7. Die neue Organisation der Produktion 16
8. Die Aufgaben der Arbeiterräte 18
9. Was und wie soll sozialisiert werden? 21
10. Arbeiterklasse und Regierung 23
11. Die Wurzel des Uebels 25
Anhang I: Resolution des 2. Rätekongresses 27
Anhang II: Ablösung oder Konfiskation 28

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die vorliegende Abhandlung ist die Wiedergabe eines Referats über die Frage der Sozialisierung, das ich am 14. April 1919 vor dem 2. Kongreß der Arbeiterräte Deutschlands halten sollte. Krankheit verhinderte mich, auf der Tagung zu erscheinen, mein Bericht wurde von meiner Frau verlesen. Das Fehlen des Referenten hatte leider die Folge, daß sich an den Bericht keine eingehende Diskussion knüpfte, die hätte erkennen lassen, inwieweit die einzelnen Richtungen der deutschen Sozialdemokratie meinen Ausführungen zustimmten oder nicht.

In meinem Bericht hatte ich eine wichtige Frage nicht behandelt, die, ob bei der Sozialisierung das kapitalistische Eigentum, das die Gesellschaft zu diesem Zweck an sich zu nehmen hat, einfach zu konfiszieren oder abzulösen sei.

Ich hatte von dieser Frage Abstand genommen, nicht weil ich sie für unwichtig hielt, sondern weil ihre Erörterung in den Aufbau des Referats nicht hineinpaßte. Wie wichtig sie mir erschien, beweist der Umstand, daß ich schon im November 1918, also unmittelbar nach der Revolution, einen Artikel über sie veröffentlichte, im „Sozialist" vom 22. November 1918. Ich füge ihn als Anhang der zweiten Auflage meiner Schrift bei.

So kurz der Zeitraum ist, der zwischen dem Erscheinen der ersten und der zweiten Auflage liegt, so findet die letztere doch eine ganz andere Situation vor, als die erste oder gar als mein Artikel im „Sozialist" vom November 1918.

Die Hoffnungsfreude, die uns damals noch erfüllte, hat aufgehört, die Revolution ist in die Defensive gedrängt und die Mächte der Gegenrevolution erheben immer kühner ihr Haupt.

Trotzdem habe ich an meinen Ausführungen nichts zu ändern gefunden. Ich würde nur, wenn ich heute mein Referat zu halten hätte, manches stärker unterstreichen, als ich es damals tat.

Wohl haben sich die augenblicklichen Aussichten auf rasche und umfassende Sozialisierung sehr verschlechtert, trotzdem wiederhole ich auch heute den Satz:

„Wir leben in der Aera der Sozialisierung. Bisher war jeder ökonomische Fortschritt einer des Kapitalismus, von nun an ist er einer des Sozialismus".

Das bleibt vor allem richtig, wenn wir die Frage international behandeln und auch England in Betracht ziehen. Der obige Satz gilt aber auch für Deutschland. Auch bei uns ist kein ökonomischer Fortschritt mehr möglich ohne steigenden Anteil der Arbeiter und des Gemeinwesens an der Gestaltung der Produktion. Nur haben wir leider bei uns nicht bloß mit Fortschritten, sondern auch mit Rückschritten zu rechnen. Und das bischen Fortschritt, das in nächster Zeit erreichbar ist, dürfte sehr gemäßigter Natur sein.

Woher das? Wieso kommt es, daß das Proletariat, das im November die unumschränkte Macht besaß und das in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, bisher so wenig von seinen ökonomischen Forderungen zu realisieren vermochte?

Vielfach wird die Schuld den Sozialisten in der Regierung zugeschrieben, die ihre Pflicht nicht getan hätten. Mehr noch als im April 1919 gilt heute, was ich damals sagte:

„Die heutige Regierung genießt das Vertrauen nicht ... daß sie gewillt und imstande ist, über die kapitalistischen Interessen zu siegen, die sich der Sozialisierung widersetzen und daß sie alle Energie daransetzt, die praktischen Schwierigkeiten zu überwinden, die der Sozialisierung im Wege stehen".

Aber so richtig das ist, es besagt noch wenig. Denn nun entsteht die Frage, wie konnte bei der gewaltigen Position, die das deutsche Proletariat im November 1918 errungen, eine solche Regierung möglich werden? Und wie konnte es kommen, daß eine Aenderung dieser Regierung augenblicklich keine Besserung, sondern nur eine Verschlechterung erwarten läßt, daß die Gegenrevolution im Wachsen, der revolutionäre Elan im Abflauen begriffen ist?

Derartige tiefgehende gesellschaftliche Erscheinungen dürfen nicht auf einzelne Personen zurückgeführt werden, sie müssen in den Verhältnissen der Volksmassen begründet sein.

Die Hauptursache des Rückgangs der Revolution ist in den furchtbaren ökonomischen, intellektuellen, moralischen Verwüstungen zu suchen, die der Krieg hervorgerufen hat, die aber erst jetzt in vollem Umfange zu Tage treten und daher nicht bloß von Nutznießern des Alten, sondern auch von großen Teilen der darbenden Massen, soweit sie unwissend und kritiklos sind, nicht als Ergebnisse des Krieges, sondern als Folgen der Revolution betrachtet werden und daher Abneigung gegen diese hervorrufen.

Diese Verwüstungen treffen das Proletariat härter, als die besitzenden Klassen, nicht nur deshalb, weil es ärmer ist, sondern auch deshalb, weil dadurch seine historische Aufgabe eine neue, höhere Gesellschaftsordnung zu entwickeln, aufs äußerste erschwert wird. In der Oekonomie erwächst nicht so leicht, wie in der Poesie, neues Leben aus Ruinen.

Am schlimmsten haben die Verheerungen des Krieges die politische und ökonomische Kraft des deutschen Proletariats dadurch beeinträchtigt, daß sie es spalteten und gleichzeitig gegen alles Ueberlieferte, auch gegen die überlieferten sozialistischen Grundsätze und ökonomischen Theorien mißtrauisch machten, ohne daß die Massen einen neuen, festen Boden der Erkenntnis gewonnen hätten, so daß sie haltlos hin- und herschwanken.

So wurde es ihnen unmöglich, die ohnehin schon furchtbar schwierige Situation zu beherrschen und sich selbst an der Herrschaft zu behaupten.

Ich kann da auch heute nur wiederholen, was ich im April vorigen Jahres ausführte, wo ich am Schlusse meines Referats sagte:

„Die Einigung des Proletariats ist die Hauptsache".

Ich hoffte, sie könne erreicht werden durch Vereinigung aller sozialistischen Gruppen zu gemeinsamem Kampf für Sozialisierung. Doch war schon damals meine Hoffnung nicht sehr zuversichtlich:

„Gelingt es auch dem Kampf um die Sozialisierung nicht, die Einigung herbeizuführen, dann sieht unsere Zukunft schwarz aus".

Heute kann man leider schon sagen, daß die Gegenwart schwarz aussieht — die Zukunft freilich noch schwärzer.

Die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse trägt daran nicht die einzige Schuld. Nicht minder schädlich wirkt es, daß weite Schichten der Arbeiterschaft sich im Gegensatz zum Konsumenteninteresse gebracht haben. Auch auf diesen Faktor hatte ich schon im April vorigen Jahres hingewiesen. Er sei hier nochmals unterstrichen.

Ich sagte in meinem Referat vor dem Rätekongreß:

„Eine revolutionäre Klasse, die siegen und dauerndes schaffen will, muß nicht bloß ihr eigenes Klasseninteresse, sondern auch das allgemeine gesellschaftliche Interesse, das Konsumenteninteresse, vertreten."

Die Kraft, die der sozialistische Gedanke bisher entwickelte, bestand darin, daß er mit dem Interesse der Lohnarbeiter auch das der Konsumenten verband. Er verliert diese siegreiche Kraft, sobald er den zweiten Gesichtspunkt außer Acht läßt. Noch mehr wird aber der sozialistische Gedanke dort geschädigt, wo Sozialisten durch ihre Agitation die Spaltung der Arbeiterschaft nicht nur in mehrere Sekten, sondern auch in mehrere Schichten von verschiedener Kampffähigkeit vollziehen und die Kampffähigsten veranlassen, neue Kämpfe für ihre Interessen zu entfesseln im Gegensatz zum Interesse nicht nur der Konsumenten, sondern auch der schwächeren Arbeiter. Ich warne in der vorliegenden Schrift davor, daß

die unentbehrlichen Arbeiter ihre Löhne erhöhen und ihre Arbeitszeiten verkürzen, ohne sich um die Gesamtheit und die entbehrlichen, weniger kampffähigen Arbeiter zu kümmern. Ich sagte:

„Der ganze Prozeß liefe auf eine Gewaltherrschaft der ganz unentbehrlichen Arbeiter über die eher, wenigstens vorübergehend, entbehrlichen hinaus, etwa der Kohlengräber über die Textilarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Schreiner usw., ein Zustand, der ebenso unerträglich wäre, wie die kapitalistische Ausbeutung."

Daß sozialistische Agitationen tatsächlich vorgekommen sind, die Bewegungen dieser Art guthießen, ja sogar forderten, ist nicht zu leugnen. Aber schon der bloße Anschein solcher Agitation schädigt die Werbekraft des Sozialismus unter den heutigen Bedingungen der Unterproduktion bei der Masse der Bevölkerung.

Das Elend der Teuerung hat seine letzte Wurzel im Mangel an Produkten, im Stocken der Produktion. Auch das Sinken der Valuta findet darin seinen tiefsten Grund. Die Lohnerhöhungen sind eine Schraube ohne Ende, sie helfen bloß einzelnen Arbeiterschichten und auch denen nur vorübergehend; sie beeinträchtigen oft jene Arbeiter, die Konsumenten der unter erhöhten Löhnen hergestellten Produkte sind.

Der Gesamtheit der Arbeiterschaft kann nur eine Senkung der Preise helfen. Diese allein bildet heute eine rationelle Erhöhung des Reallohnes. Und auf den, nicht auf den Geldlohn kommt es an. Auch hier sind die wahren Interessen der gesamten Arbeiterschaft identisch mit dem Konsumenteninteresse.

Die Preise sind aber dauernd und allgemein nur zu senken durch Steigerung der Produktion, Vermehrung der Produkte.

Jede Störung der Produktion bedeutet heute eine Vermehrung des proletarischen Elends; und wenn sie durch Sozialisten hervorgerufen wird, eine Vermehrung der Vorurteile gegen den Sozialismus in Kreisen des Proletariats selbst.

Man mag meinen, daß Streiks bloß die Verderblichkeit des Kapitalismus bezeugen und umsomehr auf dessen Abschaffung hindrängen, je mehr Schaden sie anrichten. Aber die Masse der Menschen urteilt nicht nach theoretischen Abstraktionen, sondern nach konkreten Erscheinungen. Der Begriff des Kapitalismus ist ihnen graue Theorie. In der handgreiflichen Wirklichkeit sehen sie nur Kapitalisten und Arbeiter vor sich, und sie fragen nicht nach dem System, sondern nach den Personen, die am Elend schuld sind.

Nun soll es Kapitalisten geben, die die Produktion oder den Transport wichtiger Produktions- oder Konsumtionsmittel sabotieren. Das wird von sehr glaubhafter Seite versichert. Es soll geschehen, um die Gegenrevolution zu stärken. Ich nehme an, daß derartiges tatsächlich vorkommt. Aber die Kapitalisten, die so verfahren, sind klug genug, dies nicht an die große Glocke zu hängen. Denn sobald es festgestellt wäre, daß sie absichtlich die Produktion hemmen, ginge es ihnen an den Kragen. Die große Masse der Bevölkerung würde sich gegen die schuldigen Kapitalisten wenden, und gegen den ganzen Kapitalismus, wenn die Mehrheit der Kapitalisten hinter jenem Treiben stände. Das wäre eine Förderung der Revolution.

Daß sie vielmehr die Gegenrevolution fördern, wird den sabotierenden Kapitalisten nur dadurch ermöglicht, daß auch von manchen revolutionären Elementen merkliche Störungen der Produktion betrieben werden, und zwar nicht heimlich, sondern öffentlich mit großem Stimmaufwand, womit sie es erreichen, daß jede Sabotierung der Produktion, von welcher Seite immer sie ausgehen mag, auf ihr Konto kommt und dadurch die Masse derjenigen vermehrt wird, die der sozialen Revolution feindselig gegenüberstehen.

Das ist aber das schlimmste, was dem Sozialismus passieren kann, das zeitweilige Versagen der Werbekraft seiner Ideen. Wenn die Kraft der Gegenrevolution bloß auf dem Säbel und dem Maschinengewehr beruhte, könnte ihr Wüten wohl große persönliche Opfer fordern, jedoch dem Gedanken des Sozialismus zahlreiche Scharen neuer Anhänger zuführen.

Zu einer wahrhaften Niederlage der Sozialdemokratie würde dagegen der Sieg der Gegenrevolution dann, wenn er von großen Massen der werktätigen Bevölkerung selbst freudig begrüßt würde.

Diese Gefahr müssen wir unter allen Umständen vermeiden. Dazu ist es notwendig, unsere Politik stets so einzurichten, daß sie keine Arbeiterschicht vor anderen Arbeiterschichten bevorzugt und stets das Konsumenteninteresse ebenso hoch hält, wie das Arbeiterinteresse.

Gleich bei Beginn der Revolution hielt ich es für notwendig, darauf hinzuweisen. In meinem Artikel über „Ablösung und Konfiskation" vom 22. November 1918 sagte ich ausdrücklich:

„Was wir brauchen, ist ruhiger, ununterbrochener Fortgang des Produktionsprozesses, ohne den die Arbeiterschaft nicht leben kann".

So lange diese Erkenntnis nicht Gemeingut aller Sozialisten geworden ist, werden die nächsten Aussichten des Sozialismus und der Sozialisierung trübe bleiben.

Charlottenburg, 25. Januar 1920. K. Kautsky.

Was heißt Sozialisierung?

Die deutsche Revolution hat zwei Aufgaben. Einmal die Vollendung dessen, was die bürgerliche Revolution von 1848 mit ihren Ausläufern unvollendet gelassen hat: die Hinwegfegung der Reste des Feudalismus, Absolutismus und Militarismus. Zweitens die Herbeiführung des Sozialismus.

Die erste Aufgabe hat sie mit Osteuropa gemein, die zweite mit der ganzen kapitalistischen Welt. Wir leben in der Aera der Sozialisierung. Bisher war jeder ökonomische Fortschritt einer des Kapitalismus. Von nun an ist er einer des Sozialismus.

Alle Welt spricht heute von Sozialisierung. Es ist schwer, noch Neues darüber zu sagen. Meist wird sie als Machtfrage oder Organisationsfrage behandelt. Ich will zeigen, wie sie mit Notwendigkeit aus der ökonomischen Entwicklung erwächst, welches daher ihre notwendigen Bedingungen sind. Das wird vielleicht manchem der Anwesenden zu akademisch erscheinen, aber es deucht mir kein Unglück, wenn im Zusammenstoß der Leidenschaften auch nüchterne Erwägungen zum Wort kommen.

Die Sozialisierung ist nicht zu verstehen, wenn man nicht den Kapitalismus begriffen hat. Sozialisierung heißt Aufhebung des Kapitalismus, heißt aber auch Weiterführung der Produktion auf der vom Kapitalismus geschaffenen Grundlage. Diese Grundlage ist vom Proletariat nicht zu zerstören, sondern zu benutzen.

Das Wesen des Kapitalismus.

Der Kapitalismus ist den Anwesenden natürlich bekannt. Es genügt hier, seine Kennzeichen kurz anzudeuten.

Das Wesen des Kapitalismus besteht in der Trennung des Arbeiters von seinen Produktionsmitteln, die im Privateigentum anderer Menschen sind. Auf der einen Seite finden wir zahlreiche besitzlose Arbeiter, die nur ihre Arbeitskraft ihr Eigen nennen, auf der anderen Seite eine geringere Zahl von Kapitalisten, denen die Produktionsmittel gehören.

Sie mieten die Arbeiter gegen einen bestimmten Lohn und lassen sie solange arbeiten, daß diese nicht nur den Wert ihres Lohnes, sondern noch einen Mehrwert produzieren, den Profit, den die Kapitalisten einstecken.

Um des Profits willen lassen diese produzieren, der Profit ist die Triebfeder der kapitalistischen Produktion.

Der Profit eines Kapitalisten ist um so größer, je mehr Arbeiter für ihn arbeiten. Dies ist einer der wichtigsten Antriebe zum Großbetrieb. Der Profit des Kapitalisten ist aber auch um so größer, je geringer der Lohn, je länger die Arbeitszeit der Arbeiter. Endlich ist der Profit des einzelnen Kapitalisten um so größer, je technisch oder kommerziell vollkommener sein Betrieb ist, je mehr er die anderen überragt. Daher finden wir in der kapitalistischen Produktionsweise den Drang nach beständigem technischen Fortschritt. Das ist eines ihrer wichtigsten Kennzeichen. Dieser Drang wäre an sich äußerst fruchtbringend, da er die Produktivität der Arbeit zusehends steigert. Aber unter dem Kapitalismus nimmt er die Form eines Kampfes der Maschine gegen den Arbeiter an.

So entwickelt sich auf Schritt und Tritt ein Gegensatz zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter, der noch verschärft wird durch die Abhängigkeit des Arbeiters von allen Launen des Kapitalisten und durch die Unsicherheit seiner Lage. Der Kapitalist kann den Arbeiter stets nach Belieben entlassen.

Die kapitalistische Produktion selbst ist aber planlose Produktion für den Markt, der unübersichtlich ist. Wer die Marktverhältnisse falsch einschätzt, falsch spekuliert, geht zugrunde. Und zu diesen Krisen einzelner Betriebe gesellen sich zeitweise allgemeine Krisen. Sie bringen dem Arbeiter die furchtbarste Geißel: Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung.

Das Bedürfnis nach Sozialismus.

Gegen alle diese Uebel empört sich das Proletariat. Zuerst wendet es sich nur gegen äußerliche, besonders quälende Symptome, einzelne besonders grausame Unternehmer, oder gegen einzelne besonders schmerzliche Neuerungen, namentlich Maschinen. Schließlich geht man aber doch tiefer und man erkennt, daß es gilt, nicht hinter den Kapitalismus zurückzugehen, sondern über ihn hinaus, mit Benutzung des von ihm geschaffenen Großbetriebs, Maschinenbetriebs. So erwuchs das Bedürfnis nach Sozialismus.

Der Kapitalismus erzeugt aber nicht bloß das Bedürfnis nach Sozialismus, sondern auch die Träger des Sozialismus, die Proletarier, und die Möglichkeit

des Sozialismus durch hohe Produktivität der Arbeit. Nur sie gestattet fortschreitende Ausgleichung der Einkommen, Aufhebung der Ausbeutung ohne kulturellen Rückschritt. Vor hoher Entwicklung der Technik, wie sie der Kapitalismus bringt, wäre der Sozialismus nur die Gleichheit allgemeinen Elends, nicht allgemeinen Wohlstands. Er wäre die Gleichheit allgemeiner Unwissenheit, nicht allgemeiner Kultur.

Sozialismus ist also nicht überall und nicht unter allen Umständen möglich. Das sollte für Marxisten eine Binsenwahrheit sein und wird doch heute vielfach verkannt.

Die Produktivgenossenschaft.

Der Sozialismus selbst nimmt mit dem Fortschreiten des Kapitalismus verschiedene Formen an. Die nächstliegende Idee der vom Kapitalismus ausgebeuteten Arbeiter ist die: die Produktionsmittel sollen jenen Arbeitern zufallen, die sie benutzen. Die Werkstatt oder Fabrik soll den Arbeitern gehören, die in ihr tätig sind, soll von ihnen genossenschaftlich verwaltet werden.

In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war die Idee der Produktivgenossenschaft als Mittel, die Arbeiter zu befreien, sehr populär. Die französische Republik von 1848 nahm sogar in ihre Verfassung einen Paragraphen auf, der den Grundsatz feststellte, daß der Staat die Pflicht habe, Arbeitergenossenschaften zu unterstützen. Solche Unterstützungen wurden auch, allerdings sehr knauserig, vom Staat und der Stadt Paris gewährt.

In den sechziger Jahren propagierte Lassalle noch den gleichen Vorschlag; Anarchisten und Syndikalisten halten bis heute an der Idee fest, daß die Arbeiter sich der einzelnen Betriebe bemächtigen und sie an sich ziehen müssen. Und ähnliches vollzog sich gelegentlich auch in unserer Revolution.

Die Organisierung von Produktivgenossenschaften kann unter Umständen sicher von Vorteil für die Arbeiter sein. Im allgemeinen aber, als Mittel den Kapitalismus zu überwinden, versagt sie. Von den zahlreichen Produktivgenossenschaften, die im vorigen Jahrhundert gegründet wurden, sind die einen zugrunde gegangen und haben dadurch gezeigt, daß sie nicht ein Mittel sind, der Unsicherheit der Existenz der Arbeiter abzuhelfen. Andere sind gediehen; ein Unternehmen kann aber heutzutage nicht gedeihen, ohne zu wachsen und neue Arbeiter aufzunehmen. Die gedeihenden Produktivgenossenschaften kamen in die gleiche Lage. Sie nahmen die neuen Arbeiter jedoch nicht als Teilhaber auf, sondern als Lohnarbeiter. Solche Produktivgenossenschaften wurden also zu kapitalistischen Unternehmungen. Sie waren nicht ein

Mittel, die kapitalistische Ausbeutung aufzuheben, sondern ausgebeutete Proletarier in ausbeutende Kapitalisten zu verwandeln.

Die Idee der Produktivgenossenschaft geht aber auch dahin, daß die Arbeiter allein den Betrieb verwalten, daß sie die Betriebsleitung aus ihrer Mitte oder doch nach ihrem Gutdünken wählen. Sie sieht ab von wissenschaftlich gebildeter Leitung.

Eine solche brauchte man auch nicht, solange die kapitalistische Industrie der handwerksmäßigen nahestand. Da genügten gesunder Menschenverstand und praktische Erfahrung, einen Betrieb zu leiten. Diesem Stadium entspricht der Glaube, daß jeder alles kann. Die Idee der Produktivgenossenschaft hatte auch ihre Wurzel in Paris, das selbst zur Zeit der Kommune 1871 noch keine starke maschinelle Industrie aufzuweisen hatte.

Die Verstaatlichung.

Die hochentwickelte Industrie kommt jedoch ohne Wissenschaft nicht aus. Das Profitstreben des Kapitals hat sich die Wissenschaft ebenso zu eigen gemacht, wie die Lohnarbeit. Die Wissenschaft wurde dabei hin und wieder degradiert, die Industrie aber unter allen Umständen gehoben. Moderne Industrie ist nicht möglich ohne Wissenschaft, ohne einen großen Stab hochentwickelter Intellektueller.

Je mehr sich die Industrie und die Anwendung der Wissenschaft in ihr entwickelte, um so mehr kam eine neue Form des Industriekapitals auf, die Aktiengesellschaft.

Der einzelne Unternehmer ist nun immer weniger imstande, das ganze Unternehmen zu leiten, er bedarf eines wachsenden Stabs von Hilfsarbeitern. Und zur Organisierung und Leitung des Riesenbetriebs mit seinen weit verzweigten kommerziellen Unternehmungen sind nur noch wenige organisatorisch begabte und gründlich vorgebildete Leute befähigt. So wenig wie der Durchschnittsarbeiter, reicht der Durchschnittskapitalist dazu aus.

Und gleichzeitig wird das Vermögen der Durchschnittskapitalisten zu klein für den modernen Riesenbetrieb.

Alle diese Faktoren führen zur Aktiengesellschaft. Der Kapitalist, der Aktionär, der Besitzer der Produktionsmittel, scheidet damit aus der Leitung der Produktion aus, die auf Angestellte übergeht.

Wie in der Stadtgemeinde und im Staat ersteht auch im kapitalistischen Betrieb eine Bureaukratie, die ihn leitet. Da liegt es nahe, die industrielle Bureaukratie zu einem Teil

der staatlichen zu machen, die Großbetriebe zu verstaatlichen. Das ist anscheinend eine sehr einfache Operation. An Stelle der Aktien setzt man Staatsschuldverschreibungen. Der Leiter des Betriebs wird, statt von der Generalversammlung der Aktionäre, vom Ministerium abhängig.

Es gibt in der Tat Wirtschaftsgebiete, die schon frühzeitig, vielfach seit ihrem Beginn, ihrer Eigenart oder ihrer Ausdehnung halber das Aktienwesen entwickelten, so Bergwerke und Eisenbahnen. Und auf beiden Gebieten bildete sich auch früh der Staatsbetrieb.

Da lag es nahe, in der Verstaatlichung der Großindustrie den Weg zur Ueberwindung des Kapitalismus, den Weg zum Sozialismus zu sehen. Entsprach die Idee der Produktivgenossenschaft einem Zustand des Kapitalismus, in dem er noch dem Handwerk nahestand, so wurde die Idee der Verstaatlichung um so rationeller, je mehr sich der moderne Riesenbetrieb entwickelte.

Von Anfang an hatten die politisch gerichteten unter den Sozialisten in der Staatsgewalt die einzige Macht gesehen, die der Kapitalsgewalt überlegen ist. Nicht vom Wohlwollen menschenfreundlicher Bourgeois, wie die Utopisten, auch nicht von den Geldmitteln des Proletariats, sondern von seiner Einwirkung auf den Staat erwarteten sie die Ueberwindung des Kapitalismus.

Die Verstaatlichung der kapitalistischen Betriebe ermöglicht es, ganze Industriezweige, die hochkapitalistisch entwickelt sind, in Verbindung miteinander zu bringen, damit die Konkurrenz zwischen den Betrieben auszuschalten, Planmäßigkeit in die Produktion zu bringen, Krisen und Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Endlich ermöglicht es die Verstaatlichung, den Einfluß der Wissenschaft und wissenschaftlich gebildeter Leitung auf die Produktion ganz anders zur Geltung zu bringen, als das die allein von den Arbeitern geleitete Produktivgenossenschaft vermöchte.

Aber bei alledem haftet ihr ein schwerer Fehler an.

Der Staat ist nicht Wirtschaftsorganisation, sondern Herrschaftsorganisation. Seine Bureaukratie ist zu Herrschaftszwecken eingerichtet. Die Aufgabe des Bureaukraten geht nicht dahin, das Zweckmäßige zu suchen und durchzuführen, sondern den Willen seines Vorgesetzten getreu und willig zur Ausführung zu bringen.

Da in der staatlichen Bureaukratie jede Initiative nur von oben, nicht von unten ausgehen darf, wird Unselbständigkeit der Untergebenen, geistloses Kleben am Alten ,an der überlieferten Form, ein verknöcherter Konservatismus, das Kennzeichen der staatlichen Bureaukratie.

Damit gerät sie in vollen Gegensatz zu den Bedürfnissen der modernen Produktionsweise, die eine technisch-revolutionäre ist, auf steter Umwälzung aller überkommenen Formen und Methoden beruht.

Wo Staatsbetriebe in Konkurrenz mit Privatbetrieben gerieten, haben sie sich diesen daher in der Regel unterlegen gezeigt.

Die einfache Verstaatlichung der Betriebe und die Verwandlung ihrer Angestellten in Staatsbeamte würde also die Gefahr mit sich bringen, daß die Produktivität der Arbeit nicht vermehrt, sondern vermindert wird. Und doch bedarf es der intensivsten Anwendung und Ausnutzung aller technischen Errungenschaften, soll allgemeiner Wohlstand möglich werden.

Dies ist ein erhebliches Argument gegen die bloße Verstaatlichung der Produktion.

Dazu käme noch eins. Der Arbeiter verlangt nicht bloß Wohlstand, sondern auch Selbstbestimmung. Er empört sich gegen das Kapital, nicht nur wegen der Hungerlöhne und der unmenschlichen Arbeitszeit, sondern auch deswegen, weil es ihn als bloßes Werkzeug der Produktion behandelt, der er sich willenlos einzufügen hat.

Das wird nicht verbessert, wenn an Stelle des einzelnen Kapitalisten die Herrschaftsinstitution des Staates tritt, die staatliche Bureaukratie. An Stelle vieler Herren bekommt er nur einen einzigen, hat nicht einmal die Freiheit, den Herrn zu wechseln.

Das ist einer der Gründe, warum die Arbeiter Englands so lange und so sehr dem Sozialismus widerstrebten, der ihnen als bloßer Staatssozialismus vorgeführt wurde. Und aus dem gleichen Grunde hat in Frankreich der Anarchismus auf viele Arbeiter lange Zeit große Anziehungskraft ausgeübt. Hier wie dort waren die Arbeiter zu freiheitstrotzig, um die Beherrschung der Produktion durch die staatliche Bureaukratie zu ihrem Ideal zu machen.

Das Konsumenteninteresse.

Indes bleibt die Einengung der Produktivität der Arbeit, die der Staatswirtschaft anhaftet, nicht auf diese beschränkt. Die kapitalistische Industrie entwickelte Formen, deren Schäden sich denen der Staatswirtschaft bedenklich näherten.

Durch das Aktienwesen wurde das Wachstum des Großbetriebes unabhängig vom Wachstum des einzelnen Kapitals. Die Ausdehnung der einzelnen Großbetriebe nahm nun ein rapides Tempo an, gleichzeitig aber wurde auch die Vereinigung mehrerer Betriebe in einer Hand erleichtert. In einem Industriezweig nach dem anderen wurde eine Stufe erreicht, auf der einige wenige Großbetriebe weit mehr produzierten

als ehedem viele Tausende von Kleinbetrieben, und die ganze Industrie beherrschten. Nun konnten sich diese Betriebe zusammentun, die ganze Produktion monopolisieren und organisieren. Sie schalteten die Konkurrenz aus, damit aber auch den Trieb nach technischen Verbesserungen. Und wo sie solche vornahmen, führten diese nicht mehr wie ehedem zum *Sinken der Preise*, sondern nur zum *Steigen der Profite*. Damit wurde der ganze Vorteil vernichtet, den der Kapitalismus den Konsumenten brachte.

Mit dem *Konsumenten* lernen wir eine neue Person kennen, die ebenso wichtig für die Sozialisierung ist, wie der Lohnarbeiter und die Wissenschaft. Der Konsument wird gewöhnlich übersehen und doch dient die ganze Produktion nur dem Konsum.

Konsument ist alle Welt. Die Gesamtheit der Konsumenten ist gleich der Gesamtheit der Gesellschaft. Jeder Lohnarbeiter ist Konsument, doch nicht jeder Konsument Lohnarbeiter.

Das Konsumenteninteresse ist das höchste ökonomische Interesse in der Gesellschaft und auch das stärkste. Keine Produktionsweise kann sich auf die Dauer behaupten, die das Konsumenteninteresse verletzt, das heißt, die die Produktion hindert, ihre volle Produktivität zu entwickeln.

Aber das Konsumenteninteresse entwickelt nur passive Kraft, keine aktive. Aktiv in der Geschichte wirken nur die Klassengegensätze. Die Klassen entstehen aus ihrer verschiedenen Stellung im Produktionsprozeß. Aus dieser Stellung entspringt auch ihre ökonomische und politische Kraft. Aber keine Klasse kann sich auf die Dauer an der Herrschaft behaupten, wenn sie im Gegensatz steht zum Konsumenteninteresse.

Eine revolutionäre Klasse, die siegen und Dauerndes schaffen will, muß nicht bloß ihr eigenes Klasseninteresse, sondern auch das *allgemeine gesellschaftliche Interesse*, das Konsumenteninteresse vertreten.

Die sieghafte Kraft der Kapitalistenklasse rührte nicht zum wenigsten daher, daß ihr Interesse zusammenfiel mit dem Konsumenteninteresse. Die steigende Billigkeit ihrer Waren war die unwiderstehliche Waffe ihrer Herrschaft.

Diese Waffe verlor sie, als die Kapitalisten sich in Kartellen und Trusts organisierten, um durch steigende Preise sich erhöhte Profite zu verschaffen.

Als die Zeit der Preissteigerung, der Teuerung begann, da verlor der Kapitalismus den Boden unter den Füßen. Nun war es nicht mehr bloß das Proletarierinteresse, das in Gegensatz geriet zum Kapital, sondern auch das Konsumenteninteresse.

Das Klasseninteresse des Proletariats war stets insofern zusammengefallen mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse, als es die Zukunft der Gesellschaft repräsentierte. Von nun an fiel es aber auch zusammen mit dem unmittelbaren, dringenden Gegenwartsinteresse der Konsumentenschaft, also der Allgemeinheit, und damit wurde es unwiderstehlich.

Diese Entwicklung setzte bereits vor dem Kriege ein. Seit Jahren schon war die wachsende Teuerung die rebellierende Kraft, die uns das Kommen der sozialistischen Revolution verhieß. Der Krieg hat die Teuerung auf den Gipfel getrieben und damit diese Revolution dringend notwendig gemacht. Gleichzeitig hat aber der Krieg die Organisation der einzelnen Industriezweige und ihre Unterwerfung unter staatliche Beaufsichtigung sehr gefördert.

Das sind die Bedingungen, unter denen es gilt, zu sozialisieren.

Die neue Organisation.

Wir können uns also nicht damit begnügen, daß die Arbeiter jedes einzelnen Betriebes ihn an sich ziehen und in ihm nach Gutdünken weiter wirtschaften.

Es geht aber auch nicht so einfach, daß die Staatsgewalt ohne weiteres alles kapitalistische Eigentum an sich zieht, um es von der Regierungsbureaukratie verwalten zu lassen. Es muß vielmehr für jeden Produktionszweig, der aus kapitalistischem Eigentum in staatliches oder kommunales übergeht, auch eine neue Organisation geschaffen werden, die den Arbeitern, wie den Konsumenten und der Wissenschaft den nötigen Einfluß auf die Gestaltung des Produktionsprozesses ermöglicht. Eine solche Organisation ist ganz etwas anderes als die bisherige Regierungsbureaukratie. In Einzelheiten wird die neue Organisation für die verschiedenen Produktionszweige verschieden sein müssen. Sie muß elastisch und anpassungsfähig gemacht werden.

Immerhin wird es nicht möglich sein, sofort alle Produktionszweige der neuen Organisation einzuverleiben. Manche werden noch einige vorbereitende Stadien durchlaufen müssen. Wo es aber zur Sozialisierung kommt, wird es, trotz aller Verschiedenheiten in Details, überall notwendig werden, daß die Produktion gelenkt wird durch das Zusammenwirken der drei großen Faktoren: der Arbeiter, der Konsumenten, der Wissenschaft.

Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren muß die glücklichsten Wirkungen erzeugen. Ueberließe man jeden Erwerbszweig allein seinen Arbeitern, so liegt die Gefahr vor, daß diese die Löhne erhöhen und die Arbeitszeiten verkürzen, die Menge der Produktion verringern und ihren

Preis erhöhen, ohne sich um die Gesamtheit zu kümmern. Am ehesten dürfen sich das die unentbehrlichen Arbeiter erlauben. Bei den entbehrlichen fände das Hinaufschrauben der Preise ihrer Produkte bald ein Ende. Der ganze Prozeß liefe auf eine Gewaltherrschaft der ganz unentbehrlichen Arbeiter über die eher, wenigstens vorübergehend entbehrlichen hinaus, etwa der Kohlengräber über die Textilarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Schreiner usw. ein Zustand, der ebenso unerträglich wäre, wie die kapitalistische Ausbeutung.

Würden dagegen die Konsumenten allein über jeden Industriezweig entscheiden, dann liegt wieder die Gefahr nahe, daß die Senkung der Preise mit allen Mitteln, auch auf Kosten der Arbeitskraft angestrebt wird.

Sind Arbeiter und Konsumenten in einer Organisation vereinigt, kann kein Teil den anderen vergewaltigen, dann müssen sie trachten, ihren Gegensatz in einer Form zu überwinden, bei der beide Teile gewinnen.

Diese Art der Ueberwindung zu finden, das ist Aufgabe der Männer der Wissenschaft, die als dritter Faktor zur Organisierung der Wirtschaft heranzuziehen sind. Sie haben dahin zu wirken, daß die vollkommenste Technik und Organisation in jedem Betriebe durchgeführt wird, so daß man imstande ist, mit dem kleinsten Kraftaufwand das größtmögliche Resultat zu erzielen.

Dies Bestreben fand unter dem Kapitalismus seine Triebkraft im Profit. Im Sozialismus hört der Profit auf, aber seine Triebkraft wird durch eine zum mindesten gleich starke ersetzt, wenn der Gegensatz zwischen Konsumenten und Arbeitern organisatorisch geregelt wird und die Möglichkeit bekommt, durch das Eingreifen der Wissenschaft überwunden zu werden.

Die Wissenschaft kann aber in der sozialisierten Produktion noch manches leisten, was sie unter dem Kapitalismus nicht kann. Sie wird die Aufgabe haben, nicht nur die Produktion, sondern auch die Konsumtion zweckmäßig zu gestalten. Das kann sie heute nicht, das vermag sie aber, sobald in den Produktionsprozeß nicht bloß Organisationen der Arbeiter, sondern auch der Konsumenten eingreifen. Wenn auf der einen Seite die Techniker dafür sorgen, daß mit gleichem Aufwand mehr produziert wird, so können andererseits Nationalökonomen und Statistiker dem Absatz seine Bahnen weisen und bewirken, daß möglichst wenig Produkt unnütz oder gar schädlich vergeudet, daß mit dem gleichen Produkt für die Befriedigung der Konsumenten mehr geleistet wird, wie bisher.

Die Verschwendung von Material und Kraft durch Planlosigkeit der Produktion und Sinnlosigkeit oder Uebermut Besitzender ist eine der dunkelsten Schattenseiten des

Kapitalismus. Sie paralysiert zum großen Teil seine großartigen Wirkungen auf die Entwickelung der Produktivkräfte. Der Sozialismus vermag diese letztere Entwickelung ebenso kräftig, wenn nicht noch kräftiger, vorwärts zu treiben, aber gleichzeitig der kapitalistischen Verschwendung ein Ende zu machen. So erreicht er, daß die Menschen als Arbeiter wie als Konsumenten auf die höchste Stufe des Gedeihens gelangen.

Die Aufgaben der Arbeiterräte.

Sozialismus bedeutet, wie man sieht, nicht bloß Expropriation der Kapitalisten. Das wäre ein sehr einfacher Prozeß. Er bedeutet Organisierung der Produktion und des Absatzes durch das Zusammenwirken der organisierten Arbeiter und der organisierten Konsumenten auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis.

Die Sozialisierung erheischt also Organisation der Arbeiter wie der Konsumenten. Beide Organisationnn sind verschieden.

Sie wären verschieden selbst in einer sozialistischen Gesellschaft. Wohl würde in einer solchen die Gesamtheit der Konsumenten zusammenfallen mit der Gesamtheit der Arbeiter und ihrer Angehörigen. Das gilt aber nicht für die Arbeiter und Konsumenten eines einzelnen Produktionszweigs. Die Konsumenten landwirtschaftlicher Maschinen sind sicher nicht die Maschinenbauer.

Die Konsumenten selbst kann man wieder nach zwei Gesichtspunkten unterscheiden. Zunächst kommen für jeden Produktionszweig als Konsumenten nur jene Kreise in Betracht, die seine Produkte selbst verbrauchen. Also z. B. für landwirtschaftliche Maschinen nur die Landwirte.

Der Kreis der direkten Konsumenten ist in den meisten Produktionszweigen, namentlich denen von Produktionsmitteln, für jeden Produktionszweig ein anderer; die Konsumenten müssen also für jeden gesondert organisiert werden, z. B. für die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen in landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Aber indirekt ist an jedem Produktionszweig die Gesamtheit der Konsumenten, also die ganze Gesellschaft interessiert. Die Billigkeit des Brotes hängt unter anderm auch von der Güte und Billigkeit der landwirtschaftlichen Maschinen ab. Also nicht bloß die Landwirte, sondern alle Menschen haben ein Interesse an der Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und müssen ein Wort dabei mitzureden haben.

Organisationen der Gesamtheit der Konsumenten sind die Konsumvereine, wenn sie jedermann zugänglich

werden. Sie haben in Rußland während der Revolution einen großen Aufschwung genommen, vorher wurden sie von den Radikalen verachtet.

Noch größere Bedeutung als Organisationen der Gesamtheit der Konsumenten erlangen jedoch die Gemeinden und der Staat, wenn sie demokratisch organisiert sind. Sie sind nicht bloß wichtig als diejenigen Faktoren, die das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben und in Gemeineigentum zu verwandeln haben, sondern auch als Faktoren, die in der sozialistischen Organisation des Produktionsprozesses die Konsumentenseite zu vertreten haben.

Nun aber die Gegenseite, die uns hier am meisten interessiert, die Arbeiter.

Die soziale Umgestaltung macht umso raschere und sichere Fortschritte, je mehr sie auf Vorhandenem bauen kann, die weniger sie von Anfang an neuzuschaffen hat. Nun haben die Arbeiter in allen Ländern schon seit Jahrzehnten Massenorganisationen des wirtschaftlichen Kampfes entwickelt, die vielfach eine außerordentliche Kraft gewonnen haben, die Gewerkschaften. In ihnen sahen wir ehedem die wichtigsten Bausteine des sozialistischen Gebäudes. Auch Marx erwartete von ihnen, sie würden eine Kraft zum Aufbau der sozialistischen Produktionsweise entwickeln.

Doch die Gewerkschaften haben in diesem Punkte versagt. Marx ging bei seiner Erwartung von der Annahme aus, die Gewerkschaften würden sich mit sozialistischem Geiste erfüllen, würden den Sturz des Kapitalismus, die Herbeiführung einer neuen Produktionsweise zu ihrer Aufgabe machen.

In Wirklichkeit haben sie immer mehr sich auf den Lohnkampf innerhalb des Kapitalismus beschränkt, haben erklärt, alles, was darüber hinausgehe, komme für sie nicht in Betracht und haben sich so selbst für die Sache der sozialen Revolution ausgeschaltet.

Wo nun die Massenorganisationen der Arbeiter hernehmen, die zur Sozialisierung erforderlich sind?

Ein Vorbild bot Rußland, gerade wegen seiner ökonomischen und politischen Rückständigkeit.

Als 1905 in Rußland der Zarismus zusammenbrach, die revolutionäre Arbeiterbewegung aufflammte, fand sie keine großen Gewerkschaften vor. Die einzigen Massenorganisationen, die der Zarismus geduldet hatte, waren die vom Kapitalismus selbst für die Produktion geschaffenen: Die Großbetriebe. Die Organisation der Arbeiter für die Produktion, die Betriebsorganisation, wurde nun auch die Organisation der Arbeiter für den Kampf. Die Delegierten der einzelnen Betriebe traten zuerst in Petersburg im Oktober 1905 zusammen zu einem Arbeiterrat.

Es war eine Kampfesorganisation, die nicht notwendig geworden wäre, wenn es starke, revolutionäre Gewerkschaften gegeben hätte. Wo diese fehlen und obendrein, wie in Rußland 1905 die sozialistische Partei gespalten ist, fällt den Arbeiterräten die Führung im revolutionären Kampfe zu. So war es in Rußland nicht bloß 1905, so war es auch 1917, und von dort aus hat sich jetzt diese Institution im ganzen revolutionären Osten Europas verbreitet und sie taucht auch in England auf, dessen Gewerkschaften ebenfalls konservativer Natur sind.

Die Arbeiterräte machen die Gewerkschaften nicht überflüssig. In Sowjetrußland haben die Gewerkschaften vielmehr große Fortschritte gemacht. Auch in Deutschland wachsen ihre Mitgliederzahlen neben den Arbeiterräten. Aber die Führung, nicht bloß im politischen, sondern auch im ökonomischen Kampf haben sie an die Arbeiterräte abgeben müssen. Diese sind auch die Arbeiterorganisationen, denen die entscheidende Rolle bei der Sozialisierung der Produktion zufällt.

Diese Rolle ist eine doppelte, wie auch die Schwierigkeiten der Sozialisierung doppelter Natur sind: Einmal ist die Sozialisierung eine Machtfrage, Frage der Macht zwischen Kapital und Arbeit. Das Kapital sträubt sich gegen die Sozialisierung, eine überlegene Macht muß sie ihm aufzwingen. Diese Macht zu entwickeln, ist vor allem Aufgabe der Arbeiterräte.

Die Sozialisierung ist aber nicht minder eine Frage der Organisation. Auch dabei haben die Arbeiter entscheidend, obwohl nicht allein, sondern im Verein mit den Konsumenten mitzuwirken. Sie haben in die Organisierung der Produktion einzutreten als organisierte Arbeiterräte.

Um aber das zu können, müssen die Arbeiterräte aus dem chaotischen Stadium herauskommen, in dem sie noch heute sind, wo weder das Wahlrecht noch das Wahlverfahren einheitlich fest stehen, wo die Grenzen der Befugnisse der Betriebsräte, Lokalräte, Industrieräte, Zentralräte noch nicht bestimmt gezogen sind. Das chaotische Stadium war unvermeidlich in den ersten Wochen der Revolution, es hindert auch nicht, bei gehörigem Elan, daß die Arbeiterräte ihren Aufgaben als Kampforganisationen gerecht werden. Aber als Organe des Aufbaues der neuen Produktionsweise, als Organe der sozialistischen Organisation können sie nur wirken als feste, genau umgrenzte Organisationen. Wer die Sozialisierung der Produktion beschleunigen will, hat vor allem dahin zu wirken, daß die Arbeiterräte wirklich, nicht bloß in der Phrase, zu einem festen System zusammengeschlossen werden, das zusammen mit dem System der Konsumenten den Produktionsprozeß systematisch regelt.

Was und wie soll sozialisiert werden?

Diese Organisation der Produktion zu schaffen, ist nicht in jedem Produktionszweig gleich einfach. Wir haben gesehen, daß die Vorbedingungen der Sozialisierung eine gewisse Höhe des Kapitalismus ist. Nun entwickelt sich der Kapitalismus nicht auf allen Gebieten gleich rasch. Handwerk und bäuerliche Landwirtschaft spielen heute noch in manchen Gegenden eine große Rolle. Wir finden sogar noch Reste eines primitiven Kommunismus in Europa, z. B. Schweizer Allmenden. Es ist undenkbar, daß nun sofort die sozialistische Produktion auf allen Gebieten gleichmäßig aufgebaut wird.

Man kann nur schrittweise vorgehen, darf zunächst nur jene Gebiete sozialisieren, die schon dazu reif sind, um gleichzeitig die anderen Gebiete zur Sozialisierung vorzubereiten, damit man auch sie schließlich sozialisiert auf Grund der Erfahrungen, die man inzwischen auf den schon sozialisierten Gebieten gesammelt hat.

Auf manchen Gebieten ist die Sozialisierung sehr leicht und rasch ohne weiteres zu vollziehen, z. B. die Verstaatlichung der großen Privatwaldungen. Hier kommen hauptsächlich Eigentums-, also Machtfragen in Betracht, Schwierigkeiten der Organisierung der Produktion sind kaum vorhanden.

Dagegen ist die Sozialisierung der bäuerlichen Landwirtschaft ein schwieriges, kompliziertes, nicht leicht und nicht sofort zu lösendes Problem.

Die Sozialisierung kann von den verschiedensten Punkten aus gleichzeitig in Angriff genommen werden. Allerdings sollen nicht einzelne Betriebe, sondern ganze Produktions- oder Verkehrszweige sozialisiert werden, da die Sozialisierung ja nicht bloß die Organisation der Produktion bedeutet, sondern auch die Organisation des Absatzes, Ausschaltung der freien Konkurrenz im Bereich des betreffenden Produktionszweiges.

Aber die Sozialisierung kann ausgehen von einem Antrieb der Arbeiterschaft oder einem Antrieb der Konsumenten. Wenn die Kohlengruben sozialisiert werden, mag der Antrieb der Arbeiter entscheidend sein. Kommen wir zur Sozialisierung der Apotheken, so wird der Antrieb der Konsumenten dabei eine größere Kraft haben als der Antrieb der Angestellten in den Apotheken.

Andererseits gibt es Gewerbezweige, die nur für den Bereich des ganzen Staates zweckmäßig sozialisiert werden können, andere wieder, die am besten nur kommunalisiert werden. Die Sozialisierung der Kohlengruben oder der

Eisenbahnen — die bisher nur verstaatlicht, aber noch nicht sozialisiert, nicht sozialistisch organisiert sind — ist Sache des Reiches. Die Sozialisierung der schon erwähnten Apotheken, der Leichenbesorgung, der Straßenbahnen ist Sache der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes.

Die großen Städte haben dabei die Aufgabe, in der Sache der Sozialisierung voran zu gehen. In ihnen sind die Arbeiter am stärksten, sie sind die Zentren der Intelligenz des Landes, ihre Verhältnisse sind eher zu durchschauen, als die des ganzen Reiches, sie müssen die neuen Organisationsformen der Sozialisierung zuerst entwickeln und damit zu Wegweisern für den gesamten Sozialisierungsprozeß werden.

Das können sie freilich nur, wenn sie über die nötige Bewegungsfreiheit, namentlich die Expropriationsfreiheit verfügen.

Höchst wichtig wird hier sein vor allem die Sozialisierung der Herstellung von Wohnungen. Das ist augenblicklich wohl die dringendste kommunale Aufgabe.

Jede vollzogene Sozialisierung wird gleich der Ausgangspunkt zu einer neuen. Wird in einer Stadt der Wohnungsbau kommunalisiert, dann liegt es nahe, auch die Erzeugung der Baumaterialien, Zementwerke und Ziegelhütten zu kommunalisieren.

Andererseits, wenn die Eisenbahnen aus dem Prokrustesbett des Regierungsbureaukratismus heraus und wahrhaft sozialisiert sind, dann sind die Bedingungen gegeben, daß sie sich den Lokomotiven- und Waggonbau angliedern und ebenso die Schienenerzeugung. Letzteres drängt zur Sozialisierung der Eisenhütten. In gleicher Richtung wirkt auch die Sozialisierung der Kohlenbergwerke, mit denen viele Eisenhütten heute schon vielfach eng verbunden sind.

Man sieht: hat man nur einige entscheidende Schritte in der Richtung der Sozialisierung getan, dann ziehen sie mit Naturnotwendigkeit weitere Schritte in der gleichen Richtung nach sich, und die ganze Wirtschaft wird immer mehr mit sozialistischem Geist erfüllt, sie muß sich ihm immer mehr anpassen.

Wie überall, ist auch hier der erste Schritt der schwierigste.

Kein Zweifel, jeder Schritt muß wohl überlegt und nach allen seinen Konsequenzen durchdacht werden. Von der Art, wie der eine Schritt getan wird, werden die weiteren zum großen Teile bedingt, und man darf sich den Bau, der da aufzurichten ist, trotz der Notlage unserer Zeit nicht als flüchtige Notstandsbaracke vorstellen, die nach einigen Monaten wieder abgerissen wird, wenn der Notstand vorbei ist, sondern es soll ein Bau werden, der Jahrhunderten trotzt.

Wir können also nicht sofort an die allgemeine Sozialisierung gehen. Und bei jedem Schritt, den wir da tun, müssen wir seine weiteren Konsequenzen wohl durchdacht haben.

Die russische Methode: zuerst wag' und dann wäg's, hat nicht die erfreulichsten wirtschaftlichen Resultate gezeitigt. Sie hat die Notlage des russischen Proletariats gesteigert und enormes Lehrgeld gefordert. Unsere russischen Genossen selbst mahnen uns, wir sollen von ihren Fehlern lernen, und wir haben alle Ursache, das zu tun.

Um so mehr, als der Krieg uns von allen Vorräten entblößt hat, so daß wir unfehlbar verhungern, wenn nicht die Produktion überall da, wo es möglich ist, einsetzt. Wir haben keine Mittel, um ohne Produktion auch nur vorübergehend zu existieren, wir müssen also die ganze Produktion in Gang bringen, nicht bloß die sozialistische, sondern dort, wo das noch nicht möglich ist, auch die kapitalistische.

Die sofortige Vollsozialisierung ist ein leeres Schlagwort; ist die aber nicht möglich, dann ist nicht minder verderblich die Forderung, sofort jegliche kapitalistische Produktion gänzlich unmöglich zu machen.

Gänzlich verkehrt ist es, die Sozialisierung eines Industriezweiges durch die allerdings sehr populäre Methode beschleunigen zu wollen, daß man die Arbeiter antreibt, Forderungen zu stellen, die es notwendig machen, entweder mit Unterbilanz zu arbeiten oder die Preise der Produkte in einer Weise zu erhöhen, die jeden erheblichen Absatz ausschließen. Das heißt nichts anderes, als solche Produktionszweige aus Mitteln der Bereicherung der Gesellschaft in Mittel ihrer Verarmung zu verwandeln. Eine derartige Sozialisierung bedeutet nicht Sozialisierung der Produktion, sondern Sozialisierung des Bankrotts.

Aber das darf nicht heißen, daß nun der Kapitalismus für uns ein Blümchen Rühr-mich-nicht-an sein soll, und daß wir vor lauter Ueberlegung und Prüfen zu gar keinem praktischen Schritt kommen dürften. Das wäre unter allen Umständen verfehlt, doppelt aber in der heutigen Zeit revolutionären Sturmes und Dranges.

Arbeiterklasse und Regierung.

Das Proletariat hat seine Geschicke in die eigene Hand genommen und es ist nicht gewillt, sie wieder anderen Händen anzuvertrauen. Die Arbeiter dürften wohl dafür zu haben sein, auch für das Kapital weiter zu arbeiten, wenn es sich

nur um ein notwendiges und unvermeidliches Uebergangsstadium handelt, nicht aber dann, wenn sie den Eindruck gewinnen, daß die alte Kapitalherrschaft wieder neu befestigt werden soll.

Sie werden auch dazu zu überreden sein, Geduld mit der Sozialisierung zu haben, die nicht von heute auf morgen kommt, wenn sie nur den entschiedenen energischen Willen sehen, etwas zu tun, und wenn wirklich etwas im Sinne der Sozialisierung getan wird. Sie werden aber *nicht* warten wollen, wenn die Haltung der Regierung ihnen das Mißtrauen einflößt, die Schwierigkeiten der Sozialisierung seien nur ein Vorwand, um überhaupt nichts zu tun.

Wenn diese Ansicht überhand nimmt, dann ist zu befürchten, daß die verzweifelten unorganisierten Massen von sich aus, planlos, ohne Vorbereitung, in jeder Lokalität, in jedem Betrieb auf eigene Faust jegliche kapitalistische Produktion unmöglich machen, um zu sozialisieren. Das hieße sicher nichts anderes, als vollständiger ökonomischer Ruin. Das läßt sich aber nur vermeiden, wenn wir eine Regierung bekommen, die auf dem Gebiete der Sozialisierung selbst die Führung übernimmt und durch ihre Maßnahmen den Massen das Vertrauen einflößt, daß sie gewillt und imstande ist, über die kapitalistischen Interessen zu siegen, die sich der Sozialisierung widersetzen, und daß sie alle Energie daransetzt, die praktischen Schwierigkeiten zu überwinden, die der Sozialisierung im Wege stehen.

Die heutige Regierung genießt dies Vertrauen nicht. Ihre Haltung erweckt den Eindruck, als wollte sie an Sozialisierung nicht mehr gewähren, als sie absolut muß. Für eine entschieden sozialistische Regierung wären die praktischen Schwierigkeiten der Sozialisierung nur eine Aufforderung, dieser Aufgabe verdoppeltes Interesse, verdoppelte Arbeit zu widmen. Für die jetzige Koalitionsregierung dagegen ergeben diese Schwierigkeiten nur die fade Weisheit des Warnens vor allen Experimenten, das heißt vor allem Neuen.

Gewiß, leichtfertige Experimente aufs Geratewohl hin unternommen, sind niemals gefährlicher gewesen wie jetzt in dem Zustande größter wirtschaftlicher Bedrängnis. Aber das darf uns nicht Furcht vor allem Neuen einflößen, sondern mahnt uns nur, das Neue aufs sorgsamste zu studieren und vorzubereiten.

Aus dem Zusammenbruch kommen wir gar nicht heraus, ohne neue Bahnen zu beschreiten. Insofern ist heute alles, was wir tun, ein Experiment. Das gefährlichste Experiment aber wäre der Versuch, zum alten Kapitalismus zurückzukehren.

Die Regierung mag zu ihrer Entschuldigung darauf hinweisen, daß sie unter den ungünstigsten Umständen zu handeln hat, daß sie in Verwaltungsgeschäften aufgeht und gar keine Zeit findet zu tiefgründigem Studium der ökonomischen Probleme. Wenn dem so ist, dann müßte sie eine eigene Behörde schaffen, die ausschließlich der Sozialisierung gewidmet wird. Sie hatte auch eine Sozialisierungskommission ins Leben gerufen, aber bloß als begutachtende Körperschaft. Wenn die Regierung zur Einsicht kam, daß ihr selbst Zeit und Wissen für die Sozialisierung fehlen, dann mußte sie dieser Kommission erweiterte Vollmachten geben. Sie hat sie statt dessen zur Bedeutungslosigkeit eingeengt, so daß sie gezwungen war, zu demissionieren.

In dieser Weise hat die Regierung die Sozialisierung entmutigt.

Wir brauchen ein *zentrales Sozialisierungsamt*, zusammengesetzt nicht bloß aus Bureaukraten, sondern aus Theoretikern und Praktikern, die ihre Befähigung und Entschlossenheit zur Sozialisierung erwiesen haben. Ein Sozialisierungsamt mit weitgehenden Befugnissen. Wir brauchen ferner sofort erweiterte *Bewegungsfreiheit*, namentlich die Rechte der *Enteignung für die Gemeinden*, damit diese sich mit voller Kraft auf die Sozialisierung werfen können. Wir brauchen endlich, was sich sofort machen läßt, die *Verstaatlichung des Grundeigentums* an den großen *Privatwaldungen* und den *Fideikommissen*, sowie die Sozialisierung des Kohlenbergbaues nach den Vorschlägen der aufgelösten Sozialisierungskommission. Damit wären die ersten Schritte getan.

Sicher ist die weitere Organisierung der Produktion kein einfacher Vorgang. Indes, wenn ich hier auf die Schwierigkeiten der Sozialisierung hingewiesen habe, geschah es nicht, um von ihr abzuschrecken, sondern um Sie aufzufordern, alle Ihre Kraft und Ihr ganzes Interesse vornehmlich dieser in jeder Beziehung gewaltigen Aufgabe zuzuwenden.

In diesem Sinne habe ich auch die Resolution abgefaßt, die ich Ihnen vorlege und Ihrer Annahme empfehle.

Die Wurzel des Uebels.

Und nun zum Schlusse nur noch eine Mahnung. Ich habe die Haltung der Regierung kritisiert, aber wir wären schlechte Marxisten, wenn wir die Bedeutung einzelner Menschen übertreiben würden. Wir müssen vor allem die Verhältnisse in Betracht ziehen, die jene schwankende und unentschlossene Haltung der Regierung gegenüber der Sozialisierung erst möglich machten.

Und hier kommen wir an die Wurzel des Uebels: Die Spaltung des Proletariats. Sie bewirkt es vor allem, daß eine Regierung, die der Revolution entsprang, in Abhängigkeit geriet von den alten Bureaukraten, Generalen, Kapitalsmagnaten.

Man sieht in der Nationalversammlung einen Beweis für die Schlechtigkeit des allgemeinen Wahlrechts. Dieses Wahlrecht ist aber nur ein Spiegel, der zeigt, was ist. Zeigt er uns eine Fratze, so ist das Original auch nicht schöner, und es nutzt nichts, wenn das Original wutentbrannt den Spiegel zerschlägt.

Wäre das Proletariat in der Revolution von Anfang an einig gewesen, dann erlangte es eine einheitliche Regierung, die schon viel an Sozialisierung geleistet hätte. Das Verdikt des allgemeinen Wahlrechts wäre anders ausgefallen, kein Noske oder Heine wäre möglich gewesen.

Auf der andern Seite schafft auch das Rätesystem noch keine Alleinherrschaft des Proletariats, so lange dieses gespalten ist. Jede Regierung kann da stets nur die Diktatur eines Teiles des Proletariats über den anderen bedeuten.

Die Einigung des Proletariats ist die Hauptsache. Durch Zureden ist diese jedoch nicht zu erreichen, am ehesten durch gemeinsamen Kampf, durch Uebereinstimmung der taktischen Methoden.

Das Gebiet, auf dem diese Uebereinstimmung die geringsten Hindernisse finden dürfte, ist das der Sozialisierung. Daher ist es am ehesten geeignet, die proletarischen Massen zu einigen. Sie ist schon deshalb in den Vordergrund zu schieben.

Gelingt es auch dem Kampf um die Sozialisierung nicht, die Einigung herbeizuführen, dann sieht unsere Zukunft schwarz aus. Dann besteht unsere einzige Hoffnung darin, daß die Logik der Dinge schließlich doch noch mehr Vernunft entwickelt, als die Logik der heutigen Menschen. Dieses Sich-Durchsetzen der Vernunft ist allerdings ein schmerzlicher, opfervoller, langwieriger Prozeß.

Gelingt aber die Einigung der Massen unter dem Banner der Sozialisierung, dann ist die Revolution gerettet und gesichert. Keine Gegenrevolution ist imstande, gegen das geeinigte deutsche Proletariat aufzukommen.

Karl Marx schloß das kommunistische Manifest mit den Worten: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Heute müssen wir hinzufügen die Mahnung: Proletarier Deutschlands, einigt Euch!

. . .

Anhang I.

Folgende

Resolution

wurde dem Zentralrat der Deutschen Republik überwiesen:

Die ökonomische Befreiung des Proletariats ist nicht möglich ohne die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, das heißt ohne Ersetzung der kapitalistischen, vom Profitstreben angetriebenen Produktion für den Markt durch eine Form der Produktion, die von der Gesellschaft für die Gesellschaft betrieben wird.

Das Proletariat kann sich aber nur befreien durch seine eigene Kraft. Die machtvollste Triebkraft für die Durchsetzung und das Funktionieren der sozialistischen Produktion bildet das organisierte, klassenbewußte Proletariat, als dessen vornehmste und kraftvollste Organisation in der heutigen historischen Situation Deutschlands die Arbeiterräte zu betrachten sind. Nur ihre Macht verbürgt die rascheste Sozialisierung der bisher kapitalistischen Wirtschaft.

Dauernde und zweckmäßige Resultate verspricht die Sozialisierung jedoch nur dann, wenn in jedem sozialisierten Betriebszweig nicht bloß seine Arbeiter, sondern auch die Vertreter der Konsumenten und der technischen und ökonomischen Wissenschaften ausreichend zur Geltung kommen.

Bei vollkommener Sozialisierung winken dem Konsumenten niedrige Preise, den Arbeitern erhöhte Löhne, kurze Arbeitszeiten, Sicherheit der Existenz und ihre Verwandlung aus bloßen Werkzeugen der Bereicherung anderer in freie und gleichberechtigte Genossen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß.

Angesichts des ökonomischen Zusammenbruchs, den der Krieg nach sich gezogen hat, lassen sich jedoch erhöhte Löhne und niedrige Preise unter keiner Produktionsweise sofort allgemein realisieren. Um so wichtiger wird es, durch die

Sozialisierung wenigstens die Verkürzung der Arbeitszeiten, die Sicherheit der Existenz und die freie Teilnahme der Arbeiter an der Produktion durchzusetzen.

Die Sozialisierung bedeutet nicht bloß Enteignung der Kapitalisten und großen Grundbesitzer, sondern auch eine Neuorganisation des Wirtschaftslebens. Diese läßt sich nicht unterschiedslos für alle Arbeitszweige und nicht ohne alle Vorbereitungen durchführen. Sie kann nur schrittweise vorangehen und braucht Jahre zu ihrer völligen Ausgestaltung.

Aber um so dringender notwendig ist es, daß sie von einer Regierung in die Hand genommen wird, die entschlossen ist, die Sozialisierung aufs energischste zu fördern, und die sich dabei durch die Widerstände der alten Mächte, der Kapitalisten, der Agrarier, der Bureaukraten, in keiner Weise beirren läßt. Die heutige Regierung zeigt diese Entschlossenheit nicht, sie hat bereits zu viel kostbare Zeit verstreichen lassen, ohne mehr als leere Versprechungen zutage zu fördern. Nicht ein bürgerlich-proletarisches Koalitionsministerium, sondern nur eine rein sozialistische Regierung, gestützt auf die Geschlossenheit des deutschen Proletariats, vermöchte dem Sozialisierungsprozeß jenen Schwung zu verleihen, der den Arbeitern Interesse an der Arbeit einflößt, den Streiks und Unruhen ein Ende macht und die Atmosphäre der Arbeitsfreudigkeit schafft, in der allein das deutsche Volk von der galoppierenden Schwindsucht genesen kann, in die es der fluchwürdige Krieg gestürzt hat.

Anhang II.

Ablösung oder Konfiskation.

Eine der Fragen, die für das Reich prinzipiell gelöst werden müssen, ehe man daran geht, Verstaatlichungen tatsächlich vorzunehmen, wird die sein, ob die Besitzer nationalisierter Betriebe ausreichend *entschädigt werden sollen oder nicht*. Es ist klar, daß es zu unhaltbaren Zuständen führte, wenn etwa Sachsen die Betriebe, die es nationalisiert, einfach konfiszierte, Bayern dagegen sie ablöste; wenn die sächsischen Sparkassen aufhören müßten, Zinsen zu zahlen, weil ihre Wertpapiere wertlos geworden sind, und die bayerischen Sparkassen die Zinsen nach wie vor weiter zahlten usw.

Nun erscheint als die einfachste und radikalste Lösung der Frage der Nationalisierung die *Konfiskation*, und

wer Bedenken dagegen äußert, wird bereits verdächtigt, im Interesse des Geldschranks tätig zu sein. Wie man sich zu der Frage stellt, hängt vor allem davon ab, welchen Standpunkt man ihr gegenüber einnimmt, den Standpunkt des *Rechts*, der *Gewalt* oder des *Marxismus*.

Vom Rechtsstandpunkt aus kann man sagen, daß alles Kapital akkumulierter Mehrwert, unbezahlte Arbeit ist. Es ist das gute Recht der Arbeiter, ihre oder ihrer Vorgänger unbezahlte Arbeit ohne Bezahlung wieder an sich zu nehmen.

Die Vertreter des Gewaltstandpunkts wieder können sagen, sie brauchten nicht zimperlicher zu sein als ehedem Fürsten und Bourgeois waren. Die Fürsten haben zur Zeit der Reformation das Kirchengut konfisziert, die Bourgeois haben weitere Konfiskationen in der Zeit der französischen Revolution vorgenommen. Warum ihnen nicht folgen jetzt, wo die Konfiskation nicht zum Besten einer bevorrechteten Minderheit, sondern der Volksmasse geschieht?

Für den Marxisten sind diese Gesichtspunkte nicht ohne Belang. Aber entscheidend für ihn werden die *ökonomischen Erwägungen, und bk sprechen in anderem Sinne*.

Die schlimmste Geißel, die die kapitalistische Produktionsweise über die Proletariermassen, ja die ganze Gesellschaft gebracht hat, sind die wirtschaftlichen Krisen mit ihrer ungeheuren Arbeitslosigkeit. Diese Krisen bildeten die schwerste Anklage, welche die Kritiker des Kapitalismus gegen ihn vorbrachten, sie aus der Welt zu schaffen und unmöglich zu machen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Sozialismus. Es wäre das schlimmste Armutszeugnis für ein sozialistisches Regime, wenn es sich mit dem Herbeiführen einer wirtschaftlichen Krise einleitete.

Darauf sind auch die steten Hinweise auf Ruhe und Ordnung zurückzuführen. Sie haben einen üblen Beigeschmack bekommen, weil sie zum Jargon des früheren Polizeiregimes gehörten, das unter der Ruhe die des Kirchhofs, und unter der Ordnung die des bedingungslosen Gehorsams verstand. Solche Ruhe und Ordnung muß natürlich ein freies Volk zurückweisen. Stete politische Bewegung, stete politische und ökonomische Kämpfe gehören zum Wesen der Demokratie.

Was wir aber brauchen, ist ruhiger, ununterbrochener Fortgang des Produktionsprozesses, ohne den die Arbeiterschaft nicht leben kann. Einer der größten Vorteile der Demokratie besteht gerade darin, daß sie es erlaubt, die erbittersten Klassenkämpfe in Formen auszufechten, die den

Produktionsprozeß nicht stören, während jede Diktatur oder Autokratie, von welcher Seite sie kommen mag, notwendigerweise dazu führt, daß diese Kämpfe Formen annehmen, die den Produktionsprozeß zeitweilig lahmlegen.

Wie wirkt nun die Konfiskation auf den Fortgang der Produktion?

Gelänge es, mit einem Male die gesamte Produktion aus kapitalistischer in sozialistische zu verwandeln, dann wäre die Konfiskation eine sehr zweckmäßige Maßregel, die sich auch, wie wir gesehen, durch Erwägungen des Rechts und Beispiele der Geschichte rechtfertigen ließe. Einen derartigen plötzlichen Uebergang zum Sozialismus hält jedoch niemand für möglich. Auch die radikalsten unter den bolschewistischen Genossen nicht. Trotzki und Bucharin z. B. meinen, daß ein Menschenalter vergehen kann, bis alle kapitalistischen Betriebe nationalisiert seien. Mir erscheint diese Schätzung übertrieben groß. Der Kapitalismus steht in zu schroffem Widerspruch zu der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, als daß er sich unter ihr lange behaupten könnte.

Aber wie lange man immer jenen Zeitraum des Uebergangs annehmen mag, daran ist nicht zu zweifeln, daß die verschiedenen Produktionszweige in verschiedenem Maße reif sind zur Nationalisierung. Bei manchen kann sie ohne weiteres sofort vorgenommen werden, bei andern ist noch gar nicht abzusehen, wann und wie sie nationalisiert werden können.

Die Aktiengesellschaften sind leichter zu nationalisieren als Betriebe von Einzelkapitalisten; große leichter als kleine; kartellierte leichter als solche in freier Konkurrenz stehende; eher diejenigen, die überwiegend für den inneren Markt arbeiten, als solche, die hauptsächlich den Weltmarkt aufsuchen. Ferner sind leichter solche zu nationalisieren, deren Absatz sicher, als jene, die ihren Absatz suchen müssen, derer solche, die nur wenige, gleichförmige Typen produzieren, als jene, die ein Fülle verschiedenartiger, mit der Mode wechselnder Artikel erzeugen usw.

Zunächst wird sicher nur ein Teil der Produktionszweige nationalisiert werden können, die andern müssen kapitalistisch weiter betrieben werden. Der Kapitalist produziert aber nicht weiter, wenn er nicht sein Eigentum und seinen Gewinn gesichert weiß. Soll er seinen Betrieb in Gang halten, muß er neues Kapital in seinen Betrieb hineinstecken, Löhne zahlen, Rohmaterialien kaufen usw. Wird er das tun, wenn das Prinzip der Konfiskation angenommen wird und er mit der Möglichkeit rechnen muß, daß man ihm morgen oder übermorgen seinen Betrieb ohne jede Entschädigung abnimmt?

Man meint, durch den Schrecken könne man die widerspenstigen Kapitalisten zwingen, ihre Betriebe weiter zu führen.

Aber unter dem Drucke des Schreckens kann man nur die rohesten Arbeiten erzwingen. Es ist ein Nachteil der Sklavenarbeit, daß sie jede höhere Produktionsweise ausschließt. Man kann neben den Unternehmer einen Gendarmen stellen, der ihn zwingt, den Betrieb in Gang zu halten. Aber wie soll er ihn zwingen, das mit Umsicht und Emsigkeit zu tun? Je schlimmer der Zwang, desto größer die Unlust des Leiters, desto rascher wird der Betrieb verkommen.

Ganz anders liegt die Sache, wenn der Kapitalist ein Interesse an dem rationellen Fortgang des Betriebs hat, wenn ihm in Aussicht gestellt ist, im Falle der Nationalisierung eine Entschädigung zu bekommen, die um so höher ist, je produktiver das Unternehmen. Das braucht nicht zur Heiligkeit des Eigentums zu führen. Die Konfiskation des Vermögens würde sogar eine sehr rationelle Strafe für verschiedene Verbrechen gegen die Gesellschaft darstellen. So wäre namentlich das Vermögen aller derjenigen zu konfiszieren, die Schuld am Weltkriege tragen. Das Privateigentum der Hohenzollern wie der Habsburger müßte dazu herhalten, die Kriegslasten wenigstens etwas zu mindern. Ebenso das Vermögen derjenigen, die aus der Notlage des Krieges reiches Kapital geschlagen haben.

Endlich wäre die Konfiskation zu verhängen als *Strafe* für diejenigen, die ihre Unternehmungen absichtlich stillsetzen, um die Revolution zu schädigen. Diese Strafe wäre freilich nur wirksam, wenn bei eintretender Nationalisierung diejenigen Kapitalisten entschädigt würden, die ihre Betriebe weiter geführt hatten.

Aus ökonomischen Gründen, im Interesse des ungestörten Fortgangs der Produktion, ist es dringend wünschenswert, daß der Grundsatz der Ablösung für alle Betriebe, deren Besitzer sich in keiner Weise strafbar gemacht haben, festgelegt würde.

Ich bin dafür schon 1902 eingetreten, in meiner Schrift „Am Tage nach der sozialen Revolution", in der ich bereits die Aufgaben der jetzigen Situation erörterte. Auch die radikalsten meiner damaligen Freunde haben damals nicht an der Forderung der Ablösung Anstoß genommen und niemand wäre es eingefallen, mir den Vorwurf zu machen, daß ich mich schützend vor den Geldschrank der Kapitalisten stelle.

So ist die Sache natürlich auch gar nicht gemeint. Nicht um Schonung dieses Schrankes handelt es sich, sondern darum, ob man für die Nationalisierung die primitiven Formen der Vorzeit in Anwendung bringen soll, die brutal und oft hart wirken, oder ob man die feineren Methoden anwenden soll, die unsere Zeit

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE
FROM BORROWED COPY

Produktionsprozeß nicht stören, während jede Diktatur oder Autokratie, von welcher Seite sie kommen mag, notwendigerweise dazu führt, daß diese Kämpfe Formen annehmen, die den Produktionsprozeß zeitweilig lahmlegen.

Wie wirkt nun die Konfiskation auf den Fortgang der Produktion?

Gelänge es, mit einem Male die gesamte Produktion aus kapitalistischer in sozialistische zu verwandeln, dann wäre die Konfiskation eine sehr zweckmäßige Maßregel, die sich auch, wie wir gesehen, durch Erwägungen des Rechts und Beispiele der Geschichte rechtfertigen ließe. Einen derartigen plötzlichen Uebergang zum Sozialismus hält jedoch niemand für möglich. Auch die radikalsten unter den bolschewistischen Genossen nicht. Trotzki und Bucharin z. B. meinen, daß ein Menschenalter vergehen kann, bis alle kapitalistischen Betriebe nationalisiert seien. Mir erscheint diese Schätzung übertrieben groß. Der Kapitalismus steht in zu schroffem Widerspruch zu der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, als daß er sich unter ihr lange behaupten könnte.

Aber wie lange man immer jenen Zeitraum des Uebergangs annehmen mag, daran ist nicht zu zweifeln, daß die verschiedenen Produktionszweige in verschiedenem Maße reif sind zur Nationalisierung. Bei manchen kann sie ohne weiteres sofort vorgenommen werden, bei andern ist noch gar nicht abzusehen, wann und wie sie nationalisiert werden können.

Die Aktiengesellschaften sind leichter zu nationalisieren als Betriebe von Einzelkapitalisten; große leichter als kleine; kartellierte leichter als solche in freier Konkurrenz stehende; eher diejenigen, die überwiegend für den inneren Markt arbeiten, als solche, die hauptsächlich den Weltmarkt aufsuchen. Ferner sind leichter solche zu nationalisieren, deren Absatz sicher, als jene, die ihren Absatz suchen müssen, derer solche, die nur wenige, gleichförmige Typen produzieren, als jene, die ein Fülle verschiedenartiger, mit der Mode wechselnder Artikel erzeugen usw.

Zunächst wird sicher nur ein Teil der Produktionszweige nationalisiert werden können, die andern müssen kapitalistisch weiter betrieben werden. Der Kapitalist produziert aber nicht weiter, wenn er nicht sein Eigentum und seinen Gewinn gesichert weiß. Soll er seinen Betrieb in Gang halten, muß er neues Kapital in seinen Betrieb hineinstecken, Löhne zahlen, Rohmaterialien kaufen usw. Wird er das tun, wenn das Prinzip der Konfiskation angenommen wird und er mit der Möglichkeit rechnen muß, daß man ihm morgen oder übermorgen seinen Betrieb ohne jede Entschädigung abnimmt?

Man meint, durch den Schrecken könne man die widerspenstigen Kapitalisten zwingen, ihre Betriebe weiter zu führen.

Aber unter dem Drucke des Schreckens kann man [illegible] die rohesten Arbeiten erzwingen. Es ist ein Nachteil der [illegible]arbeit, daß sie jede höhere Produktionsweise ausschließt. Man kann neben den Unternehmer einen Gendarmen [illegible], der ihn zwingt, den Betrieb in Gang zu halten. [illegible] wie soll er ihn zwingen, das mit Umsicht und Emsigkeit zu tun? Je schlimmer der Zwang, desto größer die Unlust des [illegible], desto rascher wird der Betrieb verkommen.

Ganz anders liegt die Sache, wenn der Kapitalist ein Interesse an dem rationellen Fortgang des Betriebes hat, wenn ihm in Aussicht gestellt ist, im Falle der Nationalisierung eine Entschädigung zu bekommen, die um so höher ist, je produktiver das Unternehmen. Das braucht nicht zur Heiligkeit des Eigentums zu führen. Die Konfiskation des Vermögens würde sogar eine sehr rationelle Strafe für verschiedene Verbrechen gegen die Gesellschaft darstellen. So wäre namentlich das Vermögen aller derjenigen zu konfiszieren, die Schuld am Weltkriege tragen. Das Privateigentum der Hohenzollern wie der Habsburger müßte dazu herhalten, die Kriegslasten wenigstens etwas zu mindern. Ebenso das Vermögen derjenigen, die aus der Notlage des Krieges reiches Kapital geschlagen haben.

Endlich wäre die Konfiskation zu verhängen als **Strafe** für diejenigen, die ihre Unternehmungen absichtlich stillsetzen, um die Revolution zu schädigen. Diese Strafe wäre freilich nur wirksam, wenn bei eintretender Nationalisierung diejenigen Kapitalisten entschädigt würden, die ihre Betriebe weiter geführt hatten.

Aus ökonomischen Gründen, im Interesse des ungestörten Fortgangs der Produktion, ist es dringend wünschenswert, daß der Grundsatz der Ablösung für alle Betriebe, deren Besitzer sich in keiner Weise strafbar gemacht haben, festgelegt würde.

Ich bin dafür schon 1902 eingetreten, in meiner Schrift „Am Tage nach der sozialen Revolution", in der ich bereits die Aufgaben der jetzigen Situation erörterte. [illegible] die radikalsten meiner damaligen Freunde haben damals [illegible] an der Forderung der Ablösung Anstoß genommen und [illegible] wäre es eingefallen, mir den Vorwurf zu machen, [illegible] ich mich schützend vor den Geldschrank der Kapitalisten stelle.

So ist die Sache natürlich auch gar nicht gemeint. Nicht um Schonung dieses Schrankes handelt es sich, sondern darum, ob man für die Nationalisierung die primitiven Methoden der Vorzeit in Anwendung bringen soll, die brutal und oft hart wirken, oder ob man die feineren Methoden wählen soll, die unsere Zeit entwickelt hat.

Der Geldschrank der Kapitalisten soll in Anspruch genommen werden bei der Zahlung der Kosten der Ablösungen. Aber die Klasse soll dazu herangezogen werden, nicht der Einzelne. Die Kosten müssen durch progressive Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen, Erbschaften aufgebracht werden. Die Konfiskation trifft einzelne Kapitalisten und läßt andere ungeschoren, die Besteuerung legt die Lasten des Uebergangs nicht einzelnen Individuen, sondern der ganzen Klasse auf, abgestuft nach der Tragfähigkeit des Einzelnen. Sie wirkt dadurch gerechter und auch milder, weil der Prozeß der Expropriierung der Einzelnen auf einen längeren Zeitraum verteilt ist, bis die gesamte Nationalisierung zum Abschluß gelangt. Es wird dem Einzelnen nicht sofort sein ganzes Vermögen genommen.

Es kann nur von Vorteil sein, wenn wir die zivilisiertere Methode der Expropriierung der Expropriateure durch die Besteuerung wählen und der Kapitalistenklasse das traurige Vorrecht lassen, daß sie es war, die bei den Expropriierungen, die sie in ihren Anfängen, den Zeiten der ursprünglichen Akkumulation, vornahm, zu den gewalttätigsten und infamsten Mitteln griff.

Mit dem Siege des Proletariats soll ein neues, höheres Zeitalter beginnen.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
Abteilung Buchhandel ◆ Berlin C 2 ◆ Breitestraße 8/9

Der Weg zum Sozialismus

Von Otto Bauer ◆ Preis 75 Pfennig

Zweite unveränderte Auflage

Unter der zahlreichen Broschürenliteratur zum Thema Sozialisierung nimmt die Broschüre des bedeutenden österreichischen sozialistischen Theoretikers, Otto Bauer, eine hervorragende, wenn nicht die erste Stelle ein. Das Werk hat die Vorzüge aller Schriften von Otto Bauer, nämlich der allgemeinverständlicher klarer Darstellung bei strengster Wissenschaftlichkeit und allseitiger Betrachtung des behandelnden Stoffes. „Der Weg zum Sozialismus" behandelt nicht nur die allgemeinen Vorbedingungen der Sozialisierung, sondern er untersucht die Formen der Vergesellschaftung der Großindustrie, er zeichnet die zweckmäßigste Form der Organisierung und Verwaltung der nicht sozialisierten Betriebe, er behandelt ausgezeichnet auf sehr knappem Raum das schwierige Problem der Vergesellschaftung des Baubodens und der Sozialisierung des Haushaltes. Die Vergesellschaftung der Banken und allgemeine Schlußbetrachtungen schließen das Heft ab. — Die Broschüre ist trotz dieses Reichtums an Gedanken klar und einfach geschrieben, setzt kaum Vorkenntnisse voraus und entwickelt nicht nur ein Sozialisierungsprogramm, sondern zugleich auch den Weg zur Sozialisierung. Es ist die einzige knappe, umfassende Darstellung jener Probleme, deren Lösung durch den Friedensvorschlag der Entente so sehr erschwert, aber um so dringender geworden ist. Darum verdient Bauers Broschüre weiteste Massenverbreitung als Gegenwartsprogramm und Diskussionsgrundlage, als ein Wegweiser aus dem Wirrsal des Trümmerfeldes der heutigen Wirtschaft, als ein theoretischer Kompaß, der das Abirren in utopistische Phantasterei verhindert und der den Zaghaften Vertrauen gibt zur Fahrt in das unbekannte Land des Sozialismus. — „Der Weg zum Sozialismus" wird, wenn gelesen und eifrig studiert, den Weg zum Sozialismus erleichtern helfen.

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

Der Geldschrank der Kapitalisten soll in Anspruch genommen werden bei der Zahlung der Kosten der Ablösungen. Aber die Klasse soll dazu herangezogen werden, nicht der Einzelne. Die Kosten müssen durch progressive Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen, Erbschaften aufgebracht werden. Die Konfiskation trifft einzelne Kapitalisten und läßt andere ungeschoren, die Besteuerung legt die Lasten des Uebergangs nicht einzelnen Individuen, sondern der ganzen Klasse auf, abgestuft nach der Tragfähigkeit des Einzelnen. Sie wirkt dadurch gerechter und auch milder, weil der Prozeß der Expropriierung der Einzelnen auf einen längeren Zeitraum verteilt ist, bis die gesamte Nationalisierung zum Abschluß gelangt. Es wird dem Einzelnen nicht sofort sein ganzes Vermögen genommen.

Es kann nur von Vorteil sein, wenn wir die zivilisiertere Methode der Expropriierung der Expropriateure durch die Besteuerung wählen und der Kapitalistenklasse das traurige Vorrecht lassen, daß sie es war, die bei den Expropriierungen, die sie in ihren Anfängen, den Zeiten der ursprünglichen Akkumulation, vornahm, zu den gewalttätigsten und infamsten Mitteln griff.

Mit dem Siege des Proletariats soll ein neues, höheres Zeitalter beginnen.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
Abteilung Buchhandel ◆ Berlin C 2 ◆ Breitestraße 8/9

Der Weg zum Sozialismus

Von Otto Bauer ◆ Preis 75 Pfennig
Zweite unveränderte Auflage

Unter der zahlreichen Broschürenliteratur zum Thema Sozialisierung nimmt die Broschüre des bedeutenden österreichischen sozialistischen Theoretikers, Otto Bauer, eine hervorragende, wenn nicht die erste Stelle ein. Das Werk hat die Vorzüge aller Schriften von Otto Bauer, nämlich der allgemeinverständlicher klarer Darstellung bei strengster Wissenschaftlichkeit und allseitiger Betrachtung des behandelnden Stoffes. „Der Weg zum Sozialismus" behandelt nicht nur die allgemeinen Vorbedingungen der Sozialisierung, sondern er untersucht die Formen der Vergesellschaftung der Großindustrie, er zeichnet die zweckmäßigste Form der Organisierung und Verwaltung der nicht sozialisierten Betriebe, er behandelt ausgezeichnet auf sehr knappem Raum das schwierige Problem der Vergesellschaftung des Baubodens und der Sozialisierung des Haushaltes. Die Vergesellschaftung der Banken und allgemeine Schlußbetrachtungen schließen das Heft ab. — Die Broschüre ist trotz dieses Reichtums an Gedanken klar und einfach geschrieben, setzt kaum Vorkenntnisse voraus und entwickelt nicht nur ein Sozialisierungsprogramm, sondern zugleich auch den Weg zur Sozialisierung. Es ist die einzige knappe, umfassende Darstellung jener Probleme, deren Lösung durch den Friedensvorschlag der Entente so sehr erschwert, aber um so dringender geworden ist. Darum verdient Bauers Broschüre weiteste Massenverbreitung als Gegenwartsprogramm und Diskussionsgrundlage, als ein Wegweiser aus dem Wirrsal des Trümmerfeldes der heutigen Wirtschaft, als ein theoretischer Kompaß, der das Abirren in utopistische Phantasterei verhindert und der den Zaghaften Vertrauen gibt zur Fahrt in das unbekannte Land des Sozialismus. — „Der Weg zum Sozialismus" wird, wenn gelesen und eifrig studiert, den Weg zum Sozialismus erleichtern helfen.

Gesetzeserläuterungen
für Arbeiter und Angestellte

Heft 1: **Das Gesetz über Betriebsräte**
erläutert von S. Aufhäuser. 5. durch Wahlordnung und Anhang erweiterte Auflage. 90 Seiten . Preis 4.— M

Die in der 1.—4. Auflage nicht enthaltene Wahlordnung nebst Anhang ist auch als Nachtrag erschienen und zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Aufhäusers Kommentar ist unentbehrlich für jeden Arbeiter und Angestellten, der als Betriebsrat die Interessen seiner Wähler wirksam vertreten will.

Demnächst erscheinen als weitere Hefte dieser Sammlung:

Der Mieterschutz. Ein Führer durch die Mieterschutzgesetzgebung. Erläutert von P. Hertz.

Die Reichsverfassung. Erläutert von Rechtsanwalt Dr. Kurt Bönheim.

Ferner sind in Aussicht genommen:

Das Reichseinkommensteuergesetz.

Führer durch die sonstigen Steuergesetze.

Die Reichswahlgesetze.

Die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene u. s. f.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Abt. Buchhandlung, Berlin C 2, Breitestraße 8a/9

Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstraße 6.

23710

END OF
TITLE